



**DIMENSION
PARLEMENTAIRE**



Informationsschrift

Sitzung 2

„Angesichts der großen internationalen Herausforderungen: Wie gestaltet sich die strategische Autonomie der Europäischen Union?“

Interparlamentarische Konferenz zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)

Paris, 25. Februar 2022



Angesichts der großen internationalen Herausforderungen: Wie gestaltet sich die strategische Autonomie der Europäischen Union?

Die Entscheidung der Vereinigten Staaten, im Sommer 2021, ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen und die am 15. September, einen Tag vor der Vorstellung der Strategie der Europäischen Union im Indopazifik durch die Kommission und den Hohen Vertreter, erfolgte Ankündigung des AUKUS-Paktes zwischen Australien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten zeigen, wie instabil sich unser geopolitisches Umfeld darstellt und wie wichtig es für die Staaten der Europäischen Union ist, sich gemeinsame Instrumente zu geben, die ihrer Vision der internationalen Beziehungen und der Sicherheit auf dem Kontinent förderlich sind. Die Definition dieser neuen Mittel ist umso wichtiger, vor dem Hintergrund, dass sich das geostrategische Umfeld weltweit verschlechtert. Dies wird dadurch kenntlich, dass neue Risiken entstehen, beispielsweise die terroristische Bedrohung, die von Frankreich in der Sahelzone an der Seite seiner europäischen Partner in der „Task Force Takuba“ bekämpft wird, oder auch hybride Bedrohungen wie der Versuch der Destabilisierung des Schengen-Raums durch das Regime von Alexander Lukaschenko im Sommer und im Herbst 2021.

Die Feststellung, dass sich die Mitgliedstaaten die Mittel für ihre Autonomie geben müssen, ist nicht neu. Am 19. Juni 1992, ein Jahr nach Beginn der Jugoslawienkriege, legten die Außen- und Verteidigungsminister die „Petersberger Missionen“ fest, die heute in Artikel 43 des EU-Vertrags (EUV) kodifiziert sind. In Anwendung dieser Missionen kann die Europäische Union im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) auf zivile und militärische Mittel zurückgreifen, um Abrüstungsmaßnahmen, humanitäre Missionen, Missionen der militärischen Beratung und Unterstützung, der Konfliktverhütung und Erhaltung des Friedens,

der Krisenbewältigung sowie der Stabilisierung der Lage nach Konflikten durchzuführen. Seit dem ersten operativen zivilen Einsatz im Rahmen der Polizeimission der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina vom 1. Januar 2003 führte die Europäische Union mehrere zivile und militärische Missionen im Ausland durch. Sie koordiniert heute sieben militärische Operationen: in Bosnien und Herzegowina (EUFOR „Althea“), in Mali (EUTM), der Zentralafrikanischen Republik (EUTM), Mosambik (EUTM), Somalia (EUTM), vor der Küste Somalias (EUNAVFOR „Atalanta“) sowie im Mittelmeerraum (EUNAVFOR MED „Irinì“).

Außerhalb des rechtlichen Rahmens der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) beteiligte sich Frankreich an der Strukturierung von Kooperationsinitiativen auf europäischer Ebene im Bereich der Verteidigung als Koordinator der „Task Force Takuba“, sowie im Rahmen der Mission *Agénor*, deren Ziel darin besteht, den freien Verkehr im Persischen Golf und auf der Straße von Hormus sicherzustellen.

Die im Jahr 2004 gegründete Europäische Verteidigungsagentur (EDA) hat die Aufgabe, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich der Verteidigungskapazitäten zu fördern. Hierzu erarbeitet die Europäische Verteidigungsagentur regelmäßig einen Kapazitätsentwicklungsplan (CDP) auf der Grundlage des Mechanismus der Kapazitätsentwicklung, zu dem der Militärstab der Europäischen Union (EUMS) einen Beitrag leistet. Die Europäische Verteidigungsagentur ist zudem damit befasst, in jedem Jahr einen koordinierten Jahresbericht zur Verteidigung (CARD) vorzulegen.

Im Jahr 2017 wurde die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wieder neu angekurbelt, zum einen durch die Entscheidung des Rates vom 11. Dezember 2017 über die Schaffung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) im Bereich der Verteidigung, wie durch die Europäischen Verträge seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon vorgesehen, zum anderen mit der Schaffung des Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) am

1. Januar 2021, der für den Zeitraum 2021-2027 mit 8 Milliarden Euro ausgestattet worden ist.

In diesem Zusammenhang wurde unter der deutschen Ratspräsidentschaft die Entscheidung getroffen, einen „Strategischen Kompass“ der Europäischen Union zu erarbeiten. Nachdem am 26. November 2020 das als Verschlussache eingestufte Dokument zur Analyse der gemeinsamen Bedrohungen angenommen wurde, ist die Verabschiedung des Strategischen Kompasses unter der französischen Ratspräsidentschaft vorgesehen. Der sich aktuell in Diskussion befindliche Entwurf, der den Mitgliedstaaten vom Hohen Vertreter Josep Borrell im November 2021 erstmalig vorgestellt wurde, weist vier Schwerpunkte auf: Krisenbewältigung, Resilienz, Militärkapazitäten und Partnerschaften.

In der ersten Version des Strategischen Kompasses, die den Verteidigungsministern der Union im November 2021 vom Hohen Vertreter vorgelegt wurde, wird der Aufbau einer EU-Einsatztruppe (*EU Rapid Deployment Capacity*) vorgeschlagen, um die Europäische Union mit autonomen Kräften zur Krisenbewältigung auszustatten.

Frankreich trägt aktiv zu den europäischen Initiativen im Bereich der Verteidigung bei. Das Land ist in 50 von 60 gemeinsamen Projekten vertreten, die im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) unternommen werden.

In diesem Zusammenhang hat die französische EU-Ratspräsidentschaft mehrere Prioritäten bestimmt, die sich in fünf Themenbereiche gliedern:

- eine größere Reaktivität Europas in operativer Hinsicht;
- ein Europa, das zur Einhaltung des Völkerrechts und zum Zugang zu den umstrittenen Räumen (See, Lufträume, Exosphäre und Internet) beiträgt;
- eine Resilienz Europas gegenüber äußeren Einflüssen;
- ein industriell und technologisch souveränes Europa;

- ein Europa mit globaler Bedeutung, das ausgewogene Partnerschaften eingeht.

Diskussionsfragen

Wie sollte die im Entwurf des Strategischen Kompasses vorgesehene "schnelle Reaktionsfähigkeit" der Einsatzgruppe von 5.000 Kämpfern aussehen? Welche Verbindung soll sie mit den Kampfgruppen (Battlegroups) der Union aufweisen?

Mit welchen Instrumenten der Europäischen Union soll sie ausgestattet sein, um effizienter die Sicherheit der umstrittenen Räume zu gewährleisten, insbesondere die der virtuelle Welt und der Exosphäre?

Welche Prioritäten sollten bei der Europäischen Weltraumstrategie für Sicherheit und Verteidigung bestehen, die die EU vor 2023 verabschieden soll?

Welche Projekte der Verteidigungskapazitäten der Europäischen Union sind als prioritär zu erachten und welche Hebel können von der Union mobilisiert werden, um ihre gemeinsame Finanzierung sicherzustellen?

Wie soll die Verbindung zwischen dem Strategischen Kompass der Europäischen Union und dem neuen strategischen Konzept, das von der NATO im Juni 2022 verabschiedet werden soll, aussehen? In einem allgemeineren Sinne: Wie sollte das Zusammenspiel zwischen den von der NATO durchgeführten Operationen und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) aussehen?

Welche Lehren können aus bilateralen oder multilateralen Kooperationen im Bereich der Verteidigungskapazitäten und im operativen Bereich, die außerhalb des rechtlichen Rahmens der Union durchgeführt wurden, gezogen werden? Welche Erkenntnisse ergeben sich aus der Europäischen Interventionsinitiative, die im Jahr 2018 von Frankreich ins Leben gerufen wurde, um eine gemeinsame europäische strategische Kultur zu fördern?